

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

18.1.1932 (No. 14)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Kamenh, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach 100, Karlsruhe, Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kundenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverkaufte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 28. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Beleidigung des Reichskanzlers

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In einem Artikel der Nr. 15 des „Badischen Beobachters“ vom 15. d. M. wird zum Beweis der langen Dauer strafgerichtlicher Beleidigungsverfahren ausgeführt, für die Beleidigung, die dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning anlässlich seiner Rückreise aus England durch den „Führer“ zugefügt worden sei, sei bis jetzt die gerichtliche Sühne nicht eingetreten. Hierzu ist festzustellen, daß Herr Reichskanzler Dr. Brüning seinerzeit auf Anfrage es abgelehnt hat, gegen die Auslassungen des „Führer“ Strafverfolgung zu stellen. Damit entfiel die Möglichkeit, eine gerichtliche Sühne für die Beleidigung herbeizuführen.

Städtische Theater und Orchester

Von Direktor Ehrler, Freiburg
II. (Schluß)

Eine besondere Bedeutung kommt unter den heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen der Besuchstatistik zu, da sie die Unterlage für die vom finanziellen Standpunkt aus so wichtige Berechnung des Ausnutzungskoeffizienten des Zuschauerraums bietet, welcher in den einzelnen Städtegruppen und Städten außerordentlich verschieden ist. Die höchsten Ausnutzungskoeffizienten haben aufzuweisen die Städte Gelsenkirchen, Buer, Oberhausen, Chemnitz, Kiel und einige Mittelstädte, in welchen von je 100 verfügbaren Plätzen in den öffentlichen Vorstellungen durchschnittlich über 70 Proz. verkauft wurden. Mit einer Quote von 60 bis 70 Proz. sind vertreten die Städte Köln, Berlin, Mannheim, Frankfurt a. M., Hannover, Leipzig usw., mit 50 bis 60 Proz. Heidelberg, Bonn, Koblenz, Lübeck, Magdeburg usw., mit 40 bis 50 Proz. Nürnberg, Freiburg, Würzburg, Düsseldorf und verschiedene Großstädte des rhein-westfäl. Industriegebietes.

Die Besuchstatistik läßt erkennen, daß diejenigen Städte, in denen Theatergemeinden bestehen, am besten abschneiden, und daß die Bedeutung derselben für den Besuch der öffentlichen Vorstellungen mit wachsender Größe der Stadt zunimmt. Der Zug der Zeit geht deutlich in der Richtung auf Vermehrung der geschlossenen Vorstellungen für die Theatergemeinden. Insgesamt sind in den von der Statistik erfaßten Städten (84) 2761 geschlossene Vorstellungen für Theatergemeinden veranstaltet worden, welche sich auf die drei Spielgattungen, wie folgt, verteilen:

Oper	Operette	Schauspiel
684	380	1697
(24,8 %)	(13,8 %)	(61,5 %)

Besondere Aufmerksamkeit verdienen schließlich noch die finanziellen Ergebnisse des Theaterbetriebs. Die Einnahmen der städtischen und verwandten Theater und Orchester lassen erkennen, daß der Ausgleichsposten des Theaterdefizits, der städtische Zuschuß, die unheimlich rasche Aufwärtsbewegung der letzten Jahre im Spieljahr 1929/30 nicht fortgesetzt hat, sondern in seiner anteiligen Bedeutung ein wenig (von 54,9 auf 54,8 Proz.) zurückgegangen ist. Auf die wichtigsten Einnahmequellen (Platzmieten, Tagesverkauf und geschlossene Vorstellungen) entfallen im Berichtsjahr genau wie im Vorjahr 34,5 Proz. der Gesamteinnahmen, die übrigen Betriebseinnahmen haben ihren Anteil von 8,5 auf 8,9 Proz. erhöht. Die Gesamteinnahmen haben sich von 89,318 Millionen Reichsmark auf 88,217 Millionen Reichsmark vermindert. Während sich die rückläufige Bewegung des Tagesverkaufs weiter fortgesetzt hat, ist bei den Platzmieten eine Erholung zu beobachten. Abgerundet erbrachten die Platzmieten 455 000 Reichsmark, die geschlossenen Vorstellungen 636 000 RM mehr, wogegen beim Tagesverkauf ein Ausfall von 1 530 000 RM zu verzeichnen ist.

Die städtischen Zuschüsse stellten sich insgesamt auf 48,331 Millionen Reichsmark (54,8 Proz. gegenüber 54,9 Prozent im Spieljahr 1928/29), diejenigen von Reich, Staat, Bezirk und sonstigen auf 1,535 Millionen Reichsmark (1,7 Proz. gegenüber 2,0 Proz. im Vorjahr).

Der Anteil des städtischen Zuschusses an den Gesamteinnahmen weist in den einzelnen Städten große Unterschiede auf. An der Spitze marschieren wieder die rhein-westfäl. Städte. Der Zuschuß betrug in Essen 76,0 Proz., in Düsseldorf

Letzte Nachrichten

Die Aussichten der Lausanner Konferenz

Verlängerung des Moratoriums und Vertagung um sechs Monate?

W.B. London, 18. Jan. (Tel.) Die heutigen Morgenblätter betrachten es ebenso wie die Sonntagsblätter als ausgemacht, daß die Lausanner Konferenz lediglich das Deutschland gewährte Moratorium um einige Monate verlängern und sich dann um etwa 6 Monate vertagen werde.

Das Pariser „Journal“ hatte bereits gestern gemeldet, Deutschland, Italien und England erwägen eine Verständigung auf der Grundlage dieses Vorschlages. Es fügte aber hinzu, dringe der Vorschlag durch, die Konferenz zum festgesetzten Zeitpunkt abzuhalten, dann würden die Beratungen nicht länger als vier oder fünf Tage dauern. Die Delegierten würden sich damit begnügen, die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen vom Juli 1931 zur Kenntnis zu nehmen und eine neue Besprechung für dieses Jahr zu verabreden. Gleichzeitig würde man in einer gemeinsamen Note an die amerikanische Regierung eine weitere Verlängerung des Hoover-Moratoriums um sechs Monate vorschlagen, so daß also die zweite Reparationskonferenz nach den Wahlen in Frankreich und in Preußen stattfinden würde.

Französische Drohung mit einem Abbruch der Verhandlungen

W.B. Paris, 18. Jan. (Tel.) „Echo de Paris“ wendet sich heute nochmals gegen die Anregung, die Reparationskonferenz zu vertagen und schreibt, wenn man nicht nach Lausanne gehe, lasse man die Zeit gegen Frankreich arbeiten. Das Hoover-Moratorium mit all den Schutzkläufen, die Frankreich hineingebraucht habe, werde dann verschwinden, d. h. die Reparationen würden dann erledigt sein. Wenn der deutsche Schuldner und die Gläubiger, die ihn etwa unterfüßen sollten, dies spüren würden, daß Frankreich Schluss zu machen drohe, würden sie sich dies angeichts der sich daraus für Europa ergebenden Folgen vielleicht zweimal überlegen. Gewiß sei derartige nicht erfreulich und nicht gefahrlos, da aber Frankreich nur der rechtmäßige Vertrag vom 16. Januar 1920 übrig bleibe, müsse es entweder zu heranziehenden Druckmitteln greifen, oder alles fallen lassen.

Gestern trat im „Echo de Paris“ Marcel Gutin, der Vertraute Laboulayes, für die Verschlebung ein, während der Außenpolitiker des Hauses Einwendungen erhob, da man mit der Vertagung nur London und Berlin in die Hände spielen würde. Am besten sei es, Frankreich bekunde in Lausanne seinen festen Willen, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die sehr maßvollen französischen Forderungen nicht in Erwägung gezogen würden.

Die Unruhe in Oesterreich

Ein neues Entwaffnungsgesetz

W.B. Wien, 18. Jan. (Tel.) In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Wiener Morgen“ erklärte Innenminister Winkler, er beschäftige sich mit der Ausarbeitung eines Gesetzes, das den Staat als alleinigen Träger der Waffnungsmittel von jedem anderen Einfluß befreien solle. Die Bundesregierung werde die Aktion zur inneren Abrüstung streng unparteiisch durchführen.

W.B. Wien, 18. Jan. (Tel.) Wie die „Christl.-Soz. Monatszeitung“ erfährt, fand man im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kasse auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für das Vorgehen sozialdemokratischer bewaffneter Gruppen im Ernstfalle eines inneren Aufstandes. Ferner fand man Befehle für die Gruppen über Barrikadenbau usw.

W.B. Wien, 18. Jan. (Tel.) Wie die „Christl.-Soz. Monatszeitung“ erfährt, fand man im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kasse auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für das Vorgehen sozialdemokratischer bewaffneter Gruppen im Ernstfalle eines inneren Aufstandes. Ferner fand man Befehle für die Gruppen über Barrikadenbau usw.

W.B. Wien, 18. Jan. (Tel.) Wie die „Christl.-Soz. Monatszeitung“ erfährt, fand man im Ottakringer Arbeiterheim außer Waffen und Munition in einer eisernen Kasse auch zahlreiche Schriftstücke mit einem bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für das Vorgehen sozialdemokratischer bewaffneter Gruppen im Ernstfalle eines inneren Aufstandes. Ferner fand man Befehle für die Gruppen über Barrikadenbau usw.

*Der Tag der Reichsgründung

Das Reich, das Vaterland, das wir im Weltkriege gegen die Übermacht unserer Feinde zu verteidigen hatten, und um dessen Bestand und Wohlfahrt wir uns seit dem Ende des Weltkrieges ringend bemühen, dieses Reich wurde am heutigen Tage vor 61 Jahren auf französischem Boden im Spiegelsaal von Versailles geschaffen. Wer in der Geschichte mehr erblickt, als eine Aneinanderreihung zufälliger Tatsachen, wer zumal in geschichtsphilosophischer Schulung nach den Gezeiten und Symbolen hinter den Ereignissen sucht, der wird es für immer als eine tragische Tatsache empfinden, daß das deutsche Reich nicht auf heimatischem Boden, sondern in der prunkvollen Residenzstadt derjenigen Nation entstand, die durch die Jahrhunderte hindurch als unser Erbfeind gilt. Und er wird dann die andere historische Tatsache, daß 1919 die tiefste Demütigung des Deutschen Reiches in eben demselben Spiegelsaal zu Versailles besiegelt wurde, als einen noch viel tragischeren Schlag des Schicksals empfinden.

Nichts kann die merkwürdige Verkettung deutscher und französischer Geschichte besser illustrieren, als diese beiden Daten. Der Historiker wird sofort bereit sein, sie noch durch andere, in weiterer Vergangenheit liegende Daten zu ergänzen, die alleamt, vom Friedensschluß von Verdun anfangend, beweisen, wie sehr der Genius der Geschichte beide Nationen miteinander verwirrt hat.

Denn eine Verwirrung ist es, kein harmonisches Verhältnis, das die Beziehungen beherrscht! Die Jahrhunderte lehren bisher immer nur das eine: daß Deutschland und Frankreich sich feindlich oder ablehnend gegenüber standen. Und die im gallischen Blute rumorende Unruhe sorgt immer wieder dafür, daß es an regelrechten Zusammenstößen und Kriegen nicht fehlt.

Besonderer Ausdruck dieser gallischen Unruhe ist das ausgeprägte Bedürfnis nach Ruhm, von dem unsere Nachbarnation nun einmal gequält wird. Die Franzosen sind so sehr Anbeter der „gloire“, daß sie eine Niederlage doppelt schwer ertragen, daß sie aber auch den Kauf des Sieges immer wieder von neuem auskosten wollen. So lange dieser Ruhmesdurst sie plagt, kann es keinen wahren Frieden in Mitteleuropa geben. Denn, wenn sie unterlegen sind, werden sie ihre „revanche“ vorbereiten; und wenn sie gesiegt haben, werden sie in der machtpolitischen Ausnutzung dieses Sieges keine vernünftige Grenze kennen.

Nur der Gemeinschaft der übrigen Nationen ist es bisher gelungen, dieses politisch ewig unruhige und ruhmfüchtige Frankreich wenigstens für einige Zeit an die Reine zu legen. Großartiger Bündnisysteme hat es bedurft, um solches zu vollbringen.

Der staatsmännischen Kunst der Franzosen blieb es vorbehalten, nach dem 18. Januar 1871 den Spieß umzudrehen und seinerseits ein Bündnisystem auf die Reine zu bringen, dessen Spitze sich in erster Linie gegen das Reich richtete, das damals in Versailles zu neuer Herrlichkeit erwuchs, gegen Deutschland. Und so ist vom 18. Januar 1871 an die deutsche Geschichte, außenpolitisch ge-

lief sich im Berichtsjahr auf 5,121 Mill. RM. oder 7,4 (im Vorjahr 6,3) Proz. des gesamten persönlichen Aufwands, in den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern sogar auf 7,9 Proz.

Im Gegensatz zu den Personalausgaben, die noch um eine knappe halbe Million von 69,05 auf 69,53 Mill. RM. weiter zugenommen haben, ist es den Städten gelungen, den sachlichen und Bauaufwand um 732 000 RM. von 19,38 auf 18,61 Mill. RM. herabzudrücken. Den toten Objekten gegenüber hat sich also die Sparpolitik leichter durchsetzen können, als gegenüber den Personalbezügen.

Zum Schluß seien noch die Städte angeführt, welche Beiträge an Staatstheater zahlen. Es sind dies München mit 1,178 Millionen RM., Dresden mit 1,050 Mill. RM., Stuttgart mit rund 808 000, Darmstadt mit 720 000, Karlsruhe mit 619 000, Wiesbaden mit 305 000, Braunschweig mit 272 000, Jena mit 44 000 und Kassel mit 40 000 RM. An Privattheater und Orchester leisten Beiträge die Städte Berlin 605 000 RM., München 449 000 Reichsmark (Konzertverein 352 000 RM., Theater 97 000 Reichsmark) und Hamburg (Norddeutsche Bühne) 20 000 Reichsmark.

* S. Nr. 13 der „Karlsruher Zeitung“.

sehen, im Kern nichts anderes, als die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen.

Seinen höchsten Triumph hat Frankreich im Weltkrieg und nach dem Weltkrieg nicht erreichen können: das Deutsche Reich vermochte es nicht zu zertrümmern. Der fürchtbaren Niederlage und allen entsetzlichen Nachschlagen zum Trotz hat sich das deutsche Volk das Reich nicht rauben lassen. Und wenn immer wieder der Tag von Versailles in Deutschland gefeiert wird, dann geschieht das, um immer wieder von neuem das Gelöbnis der Treue zum Reich abzulegen und der ganzen Welt zu zeigen, daß das deutsche Volk in seiner Reichstreue, in seinem Wunsch, für alle Ewigkeit in einem staatsrechtlich geschlossenen Verbände zusammenzubleiben, durch keine Mächtschwankungen von außen und durch keine Wirrnisse im Innern wankend zu machen ist.

Jedem aggressive Bedeutung Frankreich gegenüber wohnt diesen Feiern gewiß nicht inne. Wir wollen keine Eroberungen, wir wollen Frankreich sich in Frieden weiterentwickeln lassen und haben ihm dies im Locarno-Pakt ausdrücklich bestätigt. Wir sind die letzten, die Frankreichs berechtigten Interessen zuwiderhandeln wollen. Aber wogegen wir uns wenden, das ist die französische Politik der Kontinentalhegemonie, das ist eine Politik, bei der Deutschland nur noch die Rolle des französischen Vasallen zu spielen hätte.

Durch den Friedensvertrag von Versailles hat Frankreich sich zweifellos einige Fundamente geschaffen, um von dort aus das stolze Gebäude dieser Kontinentalhegemonie aufzurichten zu können. Wir erkennen diese Voraussetzungen, diese Fundamente nicht an. Unser ganzer Kampf gilt deshalb der Befreiung. So ist auch die Ablehnung der Reparationen zu verstehen. Wir können die Tributlasten nicht mehr tragen, wir wollen sie aber auch nicht mehr tragen. Wir fordern gleiches Recht. Und wir können nur wünschen, daß das Weltgewissen in dieser großen Auseinandersetzung mit Frankreich nicht nur in der Form papierener Erklärungen, sondern auch in der Form einer praktischen und handfesten Unterstützung für uns eintritt.

So sind die Gedanken, die uns am heutigen Tage der Reichsgründung befehlen. Wir werden vom Reiche nicht lassen, wir werden weiterkämpfen für seinen Bestand, für seine Sicherheit, für seine Unversehrtheit und für seine Befreiung von allen unwürdigen und zermürbenden Ketten.

Die Unterdrückung des Memellandes Es protestiert — Litauen

Der litauische Gesandte in Berlin, Schaulis, überreichte am Samstag im Auswärtigen Amt eine Note, in der die litauische Regierung dagegen protestiert, daß offiziell deutsche Regierungsvertreter mit einer Memeler Delegation verhandelt hätten und der deutsche Generalkonsul in Memel sich in die innerpolitischen Verhältnisse Litauens eingemischt habe.

Von deutscher Seite wird mitgeteilt, daß es sich um eine Mitte Dezember v. J. erfolgte private Reise des Präsidenten des Memeler Direktoriums und zweier Landtagsabgeordneter nach Berlin handelte, wo diese als Landwirte den bekannten Wunsch der litauischen Regierung nach Förderung des Viehexportes nach Deutschland auch ihrerseits bei den zuständigen Fachbehörden befürworten wollten. Die litauischen Vorstellungen werden deutscherseits in keiner Weise als berechtigt anerkannt.

Die Arbeitslosigkeit in England. Wie das englische Arbeitsministerium mitteilt, ist die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen während der drei ersten Dezemberwochen von 2 622 000 auf 2 510 000 zurückgegangen. Von den 112 000 Wiedereinstellungen sind ungefähr 35 000 auf die Änderungen zur Erlangung von Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen und 77 000 einer tatsächlichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zuzuschreiben.

Badisches Landestheater

Der Troubadour

Verdi-hungrige Hörer haben jetzt neben der ausgezeichneten „Cibello“-Aufführung wieder Gelegenheit, auch eine frühere Oper des italienischen Großmeisters zu besuchen. Das Landestheater hat den „Troubadour“ neu einstudiert; nach dem Eindruck der Erstvorstellung unter der Leitung von Rudolf Schwarz, der sich in den letzten Jahren zu einem Verdi-Spezialisten entwickelt hat und bis auf einige wenige schleppende Tempis (namentlich zu Beginn) das erneut bewies, daß man immerhin schon raten, sich für die kommenden Wiederholungen rechtzeitig ein Opernbillet zu sichern.

Es lohnt sich vorab um der abgerundeten, gut ausgeglichenen Gesamtwirkung willen. Ein Ensemble primae classis, wie es einzelne Partien (Leonore, Mantico, Luna) eigentlich erfordern, kann man natürlich aus deutschem Boden niemals — und erst recht nicht an grauen Nebeltagen — stampfen. Aber es gab gleichwohl Einzelleistungen, die sich hören und sehen lassen durften, ja besonders der exponierten Stimmgewalt von **Elfriede Sabertorn** gegenüber war man stellenweise sogar versucht, das Wort in „Aucena, die Zigeunerin“ umzutauschen. Jedenfalls entschied die Alistin in allererster Linie den außerordentlichen Erfolg des Abends, verinnerlichter und einheitslicher wird man diese Verdi-Gestalt nur selten auf der Bühne erleben können, und selbst bei größten Orchester-Crescendos taucht ihre prächtige Stimme nie rettungslos unter. Die Partien ihrer Hörer gewann natürlich auch **Mary Effelsgrub** wiederum in der zweitbedeutenden Frauenrolle, der Leonore; aber es war doch mehr bekannt technische Routine, mittels der sie siegte, als kongenitales Aufgehen in einer Figur, die zu Momenten höchster Seligkeit wie tiefsten Erschreckens (gesanglich und darstellerisch) reizen mußte. Auch **Wilhelm Kuntz** war zwar ein berufener Mantico, diesmal jedoch nicht der leuchtfröhliche, strahlende Tenor, den man im Grunde erwartet. Allmählich wiederkehrende Sicherheit des Tones half ihm indessen zu einem packenden Schlußakt. Einen gesanglich schweren Stand hatte ebenfalls **Carlton Dener**, als Graf Luna schien er zudem mitunter recht wenig aus sich herauszugehen. Vorteilhaft ergänzte ihn immerhin **Viktor Göttsch** in der Fernando-Partie, ebenso wie **Ellen Winter** die Vertraute Ines sehr charakteristisch zeichnete.

Kriegsschulden und Reparationen Die amerikanische Auffassung

Eine Erklärung des amerikanischen Senators **Reed**, des Inhalts, daß die alliierten Schulden an Amerika entstanden seien, bevor Reparationen überhaupt festgelegt worden seien, und daß man in Amerika niemals eine Verbundenheit der beiden Posten anerkennen werde, entspricht, wie von prominenter parlamentarischer Seite in Washington erklärt wird, sowohl der Ansicht der Regierung wie der überwiegenden Auffassung des Bundeskongresses.

Man weist darauf hin, daß Präsident Hoover stets das Moment der Zahlungsfähigkeit als den Punkt bezeichnet habe, der allein die Entschlüsse Amerikas beeinflussen könne. Auf dieser Basis seien damals die alliierten Schulden in sehr weitherziger Weise fundiert worden, und diese Basis allein komme für eine etwaige neue Aufrollung des Problems in Frage. Für eine Revision des französischen Schuldentilos bestehe daher angesichts der gesicherten Finanzlage Frankreichs keine Neigung; dagegen sei im Weihen Hause wie im Kongreß großes Verständnis für die deutschen und die britischen Schwierigkeiten vorhanden.

Nichts jedoch kompliziere die Lage mehr als die Angriffe in gewissen europäischen Blättern gegen Amerikas angebliche Shylock-Natur; Amerika habe auf einen großen Teil der alliierten geliehenen Geldsummen verzichtet und müßte alljährlich gewaltige Beträge aufbringen, um die Kriegsanleihen zu amortisieren, die man jederzeit im Inlande aufgelegt habe, um den Alliierten die gewünschten Gelder zu gewähren. Wenn Europa immer wieder davon spreche, daß man den Krieg nun endlich liquidieren und auf Reparationen und Kriegsschulden allerseits verzichten solle, so vergesse man entweder absichtlich oder aus bedauerlicher Unkenntnis heraus, was ein solcher Verzicht bedeute; nämlich, daß dann das amerikanische Volk die Riesensummen der amerikanischen Kriegsanleihen aufbringen müsse, während die anderen Völker aller Vasten entbunden seien. Eine derartige Regelung erscheine dem amerikanischen Steuerzahler weder richtig noch zweckmäßig, noch moralisch gerechtfertigt.

Die „Germania“ und der „City-Plan“

Die Berliner „Germania“ beschäftigt sich in ihrer Sonntagsnummer mit der jüngsten Anschauung Londons, daß Deutschland etwa 200 oder 300 Millionen an Reparationen zahlen könne. Dazu schreibt das Blatt, daß eine derartige Summe wohl für ein Land mit einem gefüllten Goldschatz und einer normal funktionierenden Wirtschaft nichts bedeutet, für eine arme Nation aber, wie Deutschland, unaufbringbar sei. Jedem Versuch, aus Deutschland diese sog. „Minimalleistungen“ herauszupressen, könne nur mit einem klaren und deutlichen „unannehmbar“ beantwortet werden aus finanzpolitischen, aus psychologischen und nicht zuletzt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus.

Falsche Gerüchte über die Kassenlage des Reichs

W.V. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß infolge ungünstiger Kassenlage des Reichs beabsichtigt sei, die Gehälter der Reichsbeamten zu kürzen oder nicht voll auszuzahlen. Diese Nachricht ist aus der Luft gegriffen. Es schweben in der Reichsregierung keinerlei Erwägungen in dieser Richtung.

Aus dem Reichsrat

W.V. Berlin, 18. Jan. (Priv.-Tel.) In den Ausschüssen des Reichsrats begann am Montag früh die Beratung des Nachtragshaushalts für 1931. Sie wurde eingeleitet durch ein längeres Referat des Reichsrichters, des preussischen Ministerialdirektors **Brecht**. Die Beratungen dürften dem ganzen Tag in Anspruch nehmen. Wie wir erfahren, wird der Nachtragshaushalt voraussichtlich bereits am Donnerstag auf der Tagesordnung der Vollversammlung des Reichsrats stehen.

Die Verusnot der Akademiker. Der Reichsinnenminister hat für den 23. Januar mehrere Persönlichkeiten zu einer Sitzung eingeladen, in der die Verusnot der Akademiker mit dem Ziel praktischer Hilfe erörtert werden soll.

Die Wahlen zur niederschlesischen Landwirtschaftskammer. Bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer Niederschlesiens, durch die die Hälfte der Sitze neu zu besetzen war, haben die Nationalsozialisten 29 Mandate, der Landbund 8, der Schlesische Bauernbund 7 und der Schlesische Bauernverein 1 Mandat erhalten.

Sämtliche Kohlengruben Polnisch-Oberschlesiens haben ihren Belegschaften zum 1. Februar gekündigt, wenn sie nicht in eine 25prozentige Lohnkürzung willigen.

Viktor Brucha führte lebendige Regie. Er hielt sich von fragwürdigen Experimenten fern, auch als sein eigener auf dem Bettel zwar nicht genannter, aber durchaus vernünftiger „Wühnbildner“. Er hatte allerdings nicht viel mehr zu tun, als aus vorhandenen, zum Teil längst bekannten Dekorationen Geometrisches zusammenzustellen. Doch es muß und kann eben auch ganz gut mit einem aufgeschichteten Fundus gehen, wenn sich nur der richtige Mann der Sache vernünftig annimmt. Alles in allem dürfte daher die Repertoire-Aufnahme des „Troubadour“ für das Landestheater sich zu einem ansehnlichen Erfolg auswirken. H. Sch.

Operette im Konzerthaus

Der Vetter aus Dingsda

Operette in drei Akten von Hermann Haller und Radeamus
Musik von Eduard Künneke

Unter den vielen Operetten, die uns heute besocht werden, hat auch „Der Vetter aus Dingsda“ eine Neuaufführung erfahren. Die Musik läßt uns eine Reihe bekannter Melodien hören, die längst Allgemeingut geworden sind. Die Weisen sind schmissig hingeworfen und in Verbindung mit modernen Tänzen geeignet, das Publikum recht angenehm zu unterhalten. Das Libretto hat ein altes Motiv zum Gegenstand. — Um des lieben Geldes willen, soll Julia ihren Vetter August heiraten, damit das Geld in der Familie bleibt; so hat der gute Onkel Rudolph beschlossen. Ursprünglich war Julia für den Vetter **Moderich** bestimmt. Der aber ging nach Ostindien und ist seitdem verschwunden. Onkel Rudolph hat nun heimlicher Weise den August eingeladen, der aber gibt sich als **Moderich** aus. Die schöne Julia wird von heftiger Liebe geplagt zu dem Vetter. Ganz so, wie es Onkel haben wollte, auch August hat feste angeheißt. Doch mit des Geheißes Mächten . . . Der richtige **Moderich** kommt plötzlich aus Ostindien zurück. Glücklicherweise trifft **Moderich** erst Julias Freundin, **Hannchen**, die es ihm sofort angetan hat. Nach allerlei Irrungen und Wirrungen klärt sich alles auf, die Geschichte endet ganz nach dem Wunsche des guten Onkels Rudolph.

Eine ganz reizende Julia verkörperte **Emma Seiberlich**, die auch gesanglich ihr Bestes bot. **Villi Jant** gab die Freun-

Aus den Ländern

Es bleibt bei der Staatsvereinfachung in Bayern

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde am Samstag nach mehrtägiger Debatte die Beratung einer Reihe von Anträgen betreffend die Staatsvereinfachung abgeschlossen. Die sämtlichen Anträge der Kommunisten, der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Bauernbundes auf Aufhebung der die Staatsvereinfachung betreffenden Bestimmungen der bayerischen Verfassung vom Oktober 1931 bzw. auf deren Einschränkung wurden mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt. Es bleibt demnach bei der Staatsvereinfachung.

Die Gemeindewahlen in Lippe

Das nunmehr vorliegende amtliche Ergebnis über die Gemeindewahlen in Lippe lautet:

	Gemeindev.	Reichstagsw.
Sozialdemokraten	24 620	30 142
Deutschnationale	8 591	7 263
Bürgerliche Liste	11 251	—
Zentrum	2 192	2 648
Evang. Volksdienst	3 255*	5 023
Nationalsozialisten	27 331	20 510
Neutrale Sonderlisten	1 308	—
Kommunisten	9 998	5 867

* Hierbei ist zu bemerken, daß der Evang. Volksdienst nur im Kreise Detmold eine eigene Liste aufgestellt hat.

Das Volksbegehren in Oldenburg erfolgreich

Die Listen für das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Oldenburgischen Landtages sind am Freitag geschlossen worden. Inzwischen sind die Listen aus den verschiedenen Gebieten soweit in Oldenburg eingetroffen, daß 206 000 Wahlberechtigte von insgesamt rund 350 000 Wahlberechtigten erfasst sind. Für diese Bezirke liegen 51 600 Einzeichnungen vor. Die für den Erfolg des Volksbegehrens erforderliche Zahl beträgt 20 000. Der Landtag wird nunmehr in seiner Februar-Sitzung zu entscheiden haben, ob er sich selbst auflösen will. Nach der augenblicklichen politischen Lage ist dies nicht sehr wahrscheinlich.

Sittierungen wegen verbotener Geländeübungen

W.V. Darmstadt, 18. Jan. (Priv.-Tel.) In der Nacht zum Sonntag und im Verlauf des Sonntagmorgens wurden in der Umgebung von Darmstadt und im vorderen Odenwald kleinere und größere Trupps junger Männer festgenommen, die Protobüchel, Tornister und Knäufel trugen. Unter den Festgenommenen befanden sich 21 Studenten einer Korporation, die an einer sog. Fuchsjagd beteiligt waren, wie diese alljährlich im Frühjahr durchgeführt wurde. Die Studenten wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei den übrigen 64 Festgenommenen handelt es sich durchweg um Nationalsozialisten, die der SS und SA angehören. Die Polizei hegt den Verdacht, daß größere Geländeübungen abgehalten werden sollten, die nach der heftigen Verordnung vom 7. November verboten sind. Die Festgenommenen bestreiten das jedoch. Nach der Vernehmung wurden die Festgenommenen durchweg wieder auf freien Fuß gesetzt.

Dingelben gegen Eugenbers. In einer in Frankfurt a. O. abgehaltenen Versammlung der Deutschen Volkspartei bedauerte der Parteiführer **Dingelbey** den Brief Eugenbers an den Reichspräsidenten. Das Schreiben habe einen einseitigen parteipolitischen Charakter getragen. — Auf einer in Düsseldorf abgehaltenen Kundgebung der Deutschen Volkspartei griff der Geschäftsführer des Langnamvereins, **Dr. Schlenker**, den Reichsminister heftig an, der nicht mehr das Vertrauen der Partei genieße.

Das Volksbegehren des „Jungdo“. Für den Zulassungsantrag auf das Volksbegehren zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten trugen sich in Hannover beim Jungdeutschen Orden über 3000 Personen ein. Damit ist die Hälfte der für das ganze Reich erforderlichen Unterschriften erreicht.

Freibruch Stiller. In dem Beleidigungsprozess **Stennes** gegen **Hiller** in Berlin lautete das Urteil: Der Angeklagte **Hiller** wird freigesprochen. Der Angeklagte **Dr. Rippert** wird wegen Pressebegehrens zu 300 M Geldstrafe bzw. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Privatkläger ist berechtigt, das Urteil im „Völkischen Beobachter“ und im „Angriff“ auf Kosten von **Dr. Rippert** zu veröffentlichen.

Ein Hannchen mit der gewohnten Sicherheit und Liebenswürdigkeit. **Paul Müller** war ein recht guter, ehelicher Herr, **Marie Center** eine tüchtige Ehehälfte. **Joachim Ernst**, in Spiel und Waise sehr gut, gab einen Landratssohn, der in süßem Nichtstun dahinlebt. **Alfons Kloebe** als „Vetter“ war wieder in seinem Element und stimmlich in bester Verfassung, wie man es bei diesem Künstler gewohnt ist. **Fritz Luther**, **Friedrich Krüger** und **Hans Müller** fügten sich, jeder in seiner Rolle, ausgezeichnet in den Rahmen des Ganzen ein. Unter der Regie von **Ulrich von der Trenk** und der musikalischen Leitung von **Curt Stern** wickelte sich alles glatt ab. **Alfons Kloebe** darf noch ein besonderes Lob in Anspruch nehmen für die Einfühlung der Tänze. Das zahlreiche Publikum nahm die „Neuheit“ liebenswürdig auf und lachte nicht mit Beifall, so daß einzelne Stellen wiederholt werden mußten.

Verleihung des Adlerschildes an Geh. Rat **Ernst**. Der Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor, Geh. Reg.-Rat **Dr. Max Ernst** in Berlin, anlässlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres den Adlerschild des Reiches verliehen. In einem Handschreiben des Reichspräsidenten heißt es dazu: „In langer, unermüdbarer Arbeit als Forscher, Lehrer und Berater und in zahlreichen Schriften hat Sie sich um die Förderung der Landwirtschaft und des Siedlungswesens, als mutiger Vorkämpfer für die Erhaltung, Stärkung und Mehrung bodenständigen deutschen Bauerntums und durch Ihr mannhaftes Auftreten für die unveräußerlichen Lebensrechte des deutschen Volkes verdient erworben.“ Der Adlerschild trägt folgende Widmung: **Max Ernst**, dem Führer der Agrarwissenschaft, dem Kämpfer und Förderer deutschen Bauerntums.

Die Witwe **Margaretha Erdens**. Die Witwe **Margaretha Erdens**, Selma Erdens, ist heute Montag, früh im Westkanatorium in Berlin gestorben, wo sie gestern abend schwer krank aufgenommen worden war. Man hatte sie in ihrer Wohnung von Suizid aufgefunden. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor.

